

Allgemeine Einkaufsbedingungen

der Siltronic AG und ihrer Beteiligungsgesellschaften, im Folgenden jeweils Auftraggeber (AG)

I. Allgemeine Bestimmungen

1. Die folgenden Allgemeinen Einkaufsbedingungen (im Folgenden: Einkaufsbedingungen) gelten für alle Geschäftsbeziehungen mit den Geschäftspartnern (im Folgenden: AN) des AG für alle Beschaffungen des AG unabhängig davon, ob es sich um Einkäufe, Werkaufräge etc. handelt (im Folgenden: Beschaffung). Sofern nichts anderes vereinbart, gelten die Einkaufsbedingungen in der zum Zeitpunkt der Bestellung des AG gültigen bzw. jedenfalls in der dem AN zuletzt in Textform mitgeteilten Fassung als Rahmenvereinbarung auch für gleichartige künftige Verträge, ohne dass der AG in jedem Einzelfall wieder auf sie hinweisen müsste. Bei laufenden Geschäftsbeziehungen mit AN gelten sie für alle künftig abgeschlossenen Verträge.
2. Im Einzelfall getroffene, individuelle Vertragsabreden (einschließlich Nebenabreden, Ergänzungen und Änderungen) haben Vorrang vor diesen Einkaufsbedingungen. Dies betrifft nur die Regelungen, bezüglich derer eine Individualabrede besteht. Für Regelungen, bei denen keine Individualabrede besteht, gelten diese Einkaufsbedingungen. Für den Inhalt derartiger Vereinbarungen ist, vorbehaltlich eines Gegenbeweises, ein schriftlicher Vertrag bzw. die schriftliche Bestätigung des AG maßgebend.
3. Diese Einkaufsbedingungen gelten ausschließlich; entgegenstehende, ergänzende oder von diesen Einkaufsbedingungen abweichende Allgemeine Geschäftsbedingungen des AN erkennt der AG nicht an, es sei denn, der AG hat ausdrücklich schriftlich ihrer Geltung zugestimmt. Dieses Zustimmungserfordernis gilt in jedem Fall, beispielsweise auch dann, wenn der AG in Kenntnis entgegenstehender oder von diesen Einkaufsbedingungen abweichender Bedingungen des AN die Lieferung des AN vorbehaltlos annimmt.
4. Diese Einkaufsbedingungen gelten nur gegenüber Unternehmen, juristischen Personen des öffentlichen Rechts und öffentlich-rechtlichen Sondervermögen gemäß § 310 Abs. 1 BGB und nicht gegenüber Verbrauchern.
5. Hinweise auf die Geltung gesetzlicher Vorschriften haben nur klarstellende Bedeutung. Auch ohne eine derartige Klarstellung gelten daher die gesetzlichen Vorschriften, soweit sie in diesen Einkaufsbedingungen nicht unmittelbar abgeändert oder ausdrücklich ausgeschlossen werden.

II. Lieferung und Gefahrübergang

1. Sofern nichts anderes vereinbart ist, erfolgt die Lieferung DAP Bestimmungsort (Incoterms 2020). Erfüllungsort ist stets der in der Bestellung bezeichnete Ort, an dem die Ware vom AG übernommen wird, bei Lieferung mit Montage die Verwendungsstelle.
2. Der AN ist ohne Zustimmung des AG nicht berechtigt, die Lieferung abweichend von der Bestellung zu erbringen oder Teillieferungen zu tätigen.
3. Der AN ist ohne Zustimmung des AG nicht berechtigt, die von AN geschuldete Leistung durch Dritte zu erbringen. Der AN trägt das Beschaffungsrisiko für die Leistung, sofern AG und AN im Einzelfall nicht etwas anderes vereinbaren.
4. Der in der Bestellung angegebene Lieferzeitpunkt ist bindend.
5. Der AN ist verpflichtet, den AG unverzüglich schriftlich in Kenntnis zu setzen, wenn Umstände eintreten oder ihm erkennbar werden, aus denen sich ergibt, dass die bedogene Lieferzeit bzw. das Ausführungsdatum nicht eingehalten werden kann.
6. Im Falle der Nichtlieferung, der nicht rechtzeitigen Lieferung oder des Lieferverzuges bestimmen sich die Rechte des AG nach den gesetzlichen Vorschriften (insbesondere auf Rücktritt und Schadensersatz).
7. Die Leistung des AN schließt alle Nebenleistungen wie Montage und Installation ein, und sofern nichts anderes vereinbart ist oder zwingende gesetzliche Regelungen anderes bestimmen, trägt der AN sämtliche notwendigen Nebenkosten wie Reisekosten, Bereitstellung von Werkzeugen und Versicherungen.
8. Alle erforderlichen und verkehrsüblichen Unterlagen (z. B. Lieferscheine), Dokumente, Beschreibungen und Pläne sind im jeweiligen Auftrag enthalten und dem AG vom AN ohne zusätzliche Kosten bereitzustellen.

General Terms and Conditions of Purchase

of Siltronic AG and its affiliates, hereinafter referred to as Customer

I. General Provisions

1. The following General Terms and Conditions of Purchase (hereinafter: GTC) apply to all business relationships of Customer with a supplier (hereinafter: Supplier) and for all procurements made by Customer, irrespective of whether these constitute purchases, contracts for works and services etc. (hereinafter: Procurements). Unless otherwise agreed, these GTC apply as framework agreement also for similar future agreements in their form valid at the time an order is placed by Customer or, in any case, in that form that has been notified to Supplier most recently in textual form. The aforementioned applies even if Customer does not explicitly mention the GTC in each individual order. During ongoing business relationships with Supplier, the GTC apply for all future agreements.
 2. Individual, on a case-by-case basis agreed contractual provisions (including collateral agreements, additions and amendments) take priority over these GTC. This applies only to such provisions for which an individual agreement exists. For regulations not governed by an individual agreement, these GTC apply. For the content of individual agreements to be valid, a written contract or at least the written confirmation by Customer is required, unless such content can be proven otherwise.
 3. These GTC apply exclusively; terms used by Supplier that conflict with, amend or deviate from these GTC are not acknowledged by Customer, except Customer has expressly approved of their application in writing. This approval requirement applies in any case, for example even if Customer, being aware of conflicting or deviating terms used by Supplier, accepts Supplier's delivery without reservations.
 4. These GTC only apply in relation to businesses, legal entities under public law and public law special funds pursuant to section 310 para. 1 of the BGB (German Civil Code), but not in relation to consumers.
 5. References to the applicability of statutory provisions are only clarifying. The statutory provisions apply even if there is no such reference, unless these GTC directly change those provision or explicitly exclude their applicability.
- ### II. Delivery and Transfer of Risk
1. Unless agreed otherwise, delivery is made DAP place of destination (Incoterms 2020). Place of performance is always the place where the goods are accepted by Customer as designated in the order; in case of assembly work, the place of use.
 2. Without the consent of Customer, Supplier is not entitled to make any delivery deviating from the order or to make partial deliveries.
 3. Without the consent of Customer, Supplier is not entitled to provide any services owed through third parties. Supplier bears the procurement risk for a service unless Customer and Supplier have not agreed otherwise.
 4. The date of delivery specified in the order is binding.
 5. Supplier is obligated to inform Customer in writing and without undue delay in case circumstances occur or become apparent to Supplier that the specified delivery date or performance date cannot be complied with.
 6. In case of non-delivery or delayed delivery, Customer's rights are determined by law (in particular right to rescission and to claim damages).
 7. The performance of Supplier includes all ancillary services such as assembly and installation and unless agreed otherwise or mandatory law provides otherwise, Supplier bears all necessary ancillary costs such as travel expenses, supply of tools and insurances.
 8. All necessary and customary papers (e.g. delivery note), documents, descriptions and plans are included in the respective order and must be provided by Supplier to Customer free of charge.

9. Weiter überträgt der AN dem AG kostenlos und unwiderruflich sämtliche Rechte (ausgenommen Urheberrechte) an allen Arbeitsergebnissen aus dem jeweiligen Vertrag. An den Arbeitsergebnissen räumt der AN dem AG das kostenlose, übertragbare und uneingeschränkte Nutzungsrecht für alle bekannten und unbekannten Nutzungsarten ein. Der AN stellt den AG hinsichtlich der Verwertung der Arbeitsergebnisse von sämtlichen Ansprüchen aus (angeblicher) Verletzung von Schutzrechten Dritter frei. Werden für die Verwertung der Arbeitsergebnisse bereits vor dem Inkrafttreten des Vertrages beim AN entstandene Schutzrechte benötigt, so erhält der AG an diesen kostenlose, übertragbare und unterlizenzierbare Nutzungsrechte. Der AN wird dem AG solche Schutzrechte unverzüglich schriftlich benennen.
 10. Der AG hat das Recht sämtliche Software, einschließlich der dazugehörigen Dokumentation, die zum Lieferumfang gehört, zu nutzen. Der AG hat auch das Recht Software, einschließlich der dazugehörigen Dokumentation, mit den vereinbarten Leistungseigenschaften zu nutzen sowie solche, die für die Nutzung des gelieferten Produkts erforderlich ist. Der AG hat das Recht, eine Sicherungskopie davon auch ohne ausdrückliche Vereinbarung zu erstellen.
 11. Die vorbehaltlose Annahme oder Bezahlung einer verspäteten Lieferung stellt keinen Verzicht auf die dem AG zustehenden Rechte dar.
 12. Soweit eine Abnahme vereinbart ist, ist diese für den Gefahrübergang maßgebend. Sofern eine Übergabe vereinbart bzw. geschuldet ist, gilt für den Fall, dass nur Teile des Werkes zur Nutzung überlassen werden, dass der AN mit dem AG hinsichtlich der teilweisen Nutzung / Überlassung eine Begehung durchführt. Weder diese Begehung noch die teilweise Nutzung / Überlassung stellen eine Abnahme dar. Sie dient lediglich zur Feststellung des Fertigungszustandes und der möglichen Verfolgung von später auftretenden Schäden. Sofern der AG Teile des Werkes bereits vor Abnahme nutzt, haftet der AN nicht für Schäden, die durch Verschulden des AG entstehen. Normalen Verschleiß und sonstige durch Nutzung des AG verursachte Risiken trägt der AG.
- ### III. Preise – Zahlungsbedingungen
1. Der in der Bestellung ausgewiesene Preis ist bindend. Soweit nicht anders vereinbart, schließt der Preis Verpackung und die Lieferung gemäß DAP Bestimmungsort (Incoterms 2020) ein. Die Verpflichtung zur Rückgabe der Verpackung bedarf besonderer Vereinbarung.
 2. Sofern nichts anderes vereinbart ist, sind alle Zahlungen des AG innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt der Rechnung, zzgl. der in der Rechnung ausgewiesenen Umsatzsteuer, fällig. Für Zahlungen innerhalb von 14 Tagen nach Rechnungserhalt erhält der AG ein Skonto von 3% auf den Nettobetrag der Rechnung.
 3. Versandpapiere und Rechnungen kann der AG nur bearbeiten / zahlen, wenn diese – entsprechend den Vorgaben in der Bestellung des AG – die dort ausgewiesene Bestellnummer angeben; für alle wegen Nichteinhaltung dieser Verpflichtung entstehenden Folgen ist der AN verantwortlich, soweit er nicht nachweist, dass er diese nicht zu vertreten hat.
 4. Aufrechnungs- und Zurückbehaltungsrechte stehen dem AG in gesetzlichem Umfang zu.
- ### IV. Eingangsuntersuchung – Mängelhaftung
1. Von der Pflicht zur unverzüglichen Eingangsuntersuchung, falls es sich bei der Beschaffung um eine Ware handelt, ist der AG entbunden, soweit es sich nicht um Mängel handelt, die bei äußerer Begutachtung (einschließlich der Lieferpapiere) oder bei Qualitätskontrollen des AG durch Stichproben offen erkennbar sind. Soweit eine Abnahme vereinbart ist, besteht keine Untersuchungspflicht.
 2. Unbeschadet der Untersuchungspflicht des AG gilt die Mängelanzeige des AG dann als unverzüglich und rechtzeitig, sofern sie innerhalb einer Frist von zwei Wochen, gerechnet ab Wareneingang bei offensichtlichen Mängeln, oder bei versteckten Mängeln ab Entdeckung, beim AN eingeht.
 3. Die gesetzlichen Mängelansprüche stehen dem AG ungekürzt zu; in jedem Fall ist der AG berechtigt, vom AN nach Wahl des AG Mangelbeseitigung oder Lieferung einer neuen Sache zu verlangen. Das Recht auf Schadensersatz, insbesondere das auf Schadensersatz statt der Leistung, bleibt ausdrücklich vorbehalten.
 4. Zur Nacherfüllung gehört auch der Ausbau der mangelhaften Ware und der erneute Einbau, sofern die Ware ihrer Art und ihrem Verwendungszweck gemäß in eine andere Sache eingebaut oder an eine andere Sache angebracht wurde; die gesetzlichen Ansprüche des AG auf Ersatz entsprechender Aufwendungen bleibt unberührt. Die zum Zwecke der Prüfung und Nacherfüllung erforderlichen Aufwendungen trägt der AN auch dann, wenn sich herausstellt, dass tatsächlich kein Mangel vorlag. Die Schadensersatzpflicht des AG bei unberechtigten
9. Furthermore, Supplier transfers to Customer irrevocably and free of charge all rights (with the exception of copyrights) to all work products under the respective contract. Supplier grants Customer a royalty free, transferrable and unrestricted right of use in all work results for all types of usage, known or unknown. With regard to the use of the work products, Supplier indemnifies Customer from any and all claims by third parties based on an (alleged) infringement of third party intellectual property. Should industrial property rights already held by Supplier prior to the commencement of the contract be required in order to exploit the work products, Supplier grants Customer a royalty free, transferrable right in such industrial property rights, including the right sublicense such. Supplier must inform Customer of such industrial property rights without undue delay and in writing.
 10. Customer has the right to use any software, including the corresponding documentation, that is part of the scope of delivery. Customer also has the right to use software, including the corresponding documentation, with the agreed performance specification and such software that is necessary to use the delivered product. Customer has the right to make a backup copy of such software even without explicit agreement.
 11. Acceptance or payment by Customer of a delayed delivery does not constitute a waiver of any rights of Customer.
 12. In case a formal acceptance is agreed, acceptance is decisive for the transfer of risk. In case handover is agreed or owed and in case only parts of the work are transferred for usage, Supplier will conduct with Customer an inspection with regard to the partial usage / transfer. Neither the inspection nor the partial usage / transfer constitute acceptance. The inspection only serves the purpose of determining the state of production and possibly asserting any damages that might occur at a later stage. In case Customer uses parts of the work prior to acceptance, Supplier is not liable for any damages caused by Customer. Customer is responsible for the normal tear and wear as well as other risks caused by Customer's use of the work.
- ### III. Price – Payment Terms
1. The price stipulated in the order is binding. Unless agreed otherwise, the price includes packaging and the delivery DAP place of delivery (Incoterms 2020). The obligation to return packaging requires a separate agreement.
 2. Unless agreed otherwise, all payments by Customer, plus the VAT stated in the invoice, are due within 60 days after receipt of the invoice. For payments made within 14 days after receipt of the invoice, Customer receives a discount of 3% of the net amount of the invoice.
 3. Customer can only process shipping documents / pay invoices if such documents contain the order number in accordance with the stipulations in the order; Supplier is responsible for all consequences resulting from non-compliance with this obligation, except Supplier can prove that Supplier was not at fault.
 4. Customer's set-off and retention rights shall be governed by the statutory provisions.
- ### IV. Incoming Inspection – Liability for Defects
1. Customer is released from the obligation to carry out an immediate incoming inspection if the Procurement relates to goods. This does not apply for such defects that are obvious from a mere visual inspection of the goods (including shipping documents) or by spot checks made within Customer's quality inspection. In case a formal acceptance is agreed, there is no inspection obligation.
 2. Irrespective of the inspection obligation of Customer, the notice of defects is deemed to be without undue delay and in time if such notice is received by Supplier within two weeks after receipt of the goods in case of obvious defects or, in case of hidden defects, after discovery of such defect.
 3. Customer is entitled to the full statutory claims relating to claims for defects; in any event, Customer is entitled to request at Customer's choice rectification of the defects or supply of a new product. Customer expressly reserves the right to claim damages, in particular damages in lieu of performance.
 4. Rectification also includes removal of the defective product and new installation in case the product was integrated in or attached to another subject in accordance with the type and intended use of that product; Customer's statutory rights for compensation of the respective expenses remain unaffected. The costs necessary to prove and rectify the defect are born by Supplier even in case it turns out that there was actually no defect. The liability of Customer for damages resulting from an unjustified request for rectification remains unaffected; however, Customer is only liable if

Mangelbeseitigungsverlangen bleibt unberührt; der AN haftet jedoch nur, wenn der AG erkannt oder grob fahrlässig nicht erkannt hat, dass kein Mangel vorlag.

5. Unbeschadet der gesetzlichen Rechte und Ziffer IV.4, kommt der AN seiner Pflicht zur Nacherfüllung binnen einer vom AG gesetzten, angemessenen Frist nicht ordnungsgemäß nach – ohne die Nacherfüllung zu Recht zu verweigern – oder verweigert der AN die Nacherfüllung ernsthaft und endgültig oder ist die Nacherfüllung fehlgeschlagen oder ist sie unzumutbar (z.B. wenn ein Nutzungsausfall zu befürchten ist oder die Beseitigung des Mangels aus anderen Gründen keinen Aufschub duldet), ist der AG berechtigt, den Mangel auf Kosten und Gefahr des AN selbst zu beseitigen oder durch Dritte beseitigen zu lassen und vom AN den Ersatz der erforderlichen Aufwendungen bzw. einen entsprechenden Vorschuss zu verlangen.
6. Die Ansprüche des AG aus Lieferantenregress gelten auch dann, wenn die mangelhafte Ware durch den AG oder einen anderen Unternehmer (z. B. Einbau in ein anderes Produkt) weiterverarbeitet wurde.
7. Im Übrigen gelten die gesetzlichen Bestimmungen. Weitere Rechte des AG aus Mängelhaftung oder Garantien bleiben unberührt.

V. Verjährung

1. Die Verjährungsfrist beträgt 36 Monate, sofern nicht gesetzlich eine längere Regelung gilt, gerechnet ab dem Zeitpunkt des Gefahrüberganges bzw. der Abnahme, soweit nicht die zwingenden Bestimmungen der §§ 478, 479 BGB eingreifen. Ansprüche aus Rechtsmängeln verjähren darüber hinaus in keinem Fall, solange der Dritte das Recht - insbesondere mangels Verjährung - noch gegen den AG geltend machen kann.
2. Bei Mängeln beginnt die gesetzliche Verjährungsfrist mit Behebung erneut zu laufen; dies gilt auch für Teile, die mit dem mangelhaften Teil in funktionellem Zusammenhang stehen und bei denen ein schädigender Einfluss durch das mangelhafte Teil nicht auszuschließen ist.
3. Bei rechtzeitiger Mängelanzeige ist die Verjährung der Ansprüche des AG gehemmt, solange der AN diese nicht endgültig schriftlich zurückgewiesen hat.

VI. Eigentumsvorbehalt

1. Sofern der AG Teile bzw. Materialien (Abbildungen, Pläne, Zeichnungen, Berechnungen, Ausführungsanweisungen, Spezifikationen etc.) dem AN beistellt, behält sich der AG hieran die Eigentums- und Urheberrechte vor. Verarbeitung oder Umbildung durch den AN werden für den AG vorgenommen. Wird die Vorbehaltsware des AG mit anderen, dem AG nicht gehörenden Gegenständen verarbeitet, so erwirbt der AG das Miteigentum an der neuen Sache, im Verhältnis des Wertes der Sache des AG (Einkaufspreis zuzüglich Umsatzsteuer) zu den anderen verarbeiteten Gegenständen zur Zeit der Verarbeitung.
2. Wird die von dem AG beigestellte Sache bzw. werden entsprechende Materialien mit anderen, dem AG nicht gehörenden Gegenständen untrennbar vermischt, so erwirbt der AG das Miteigentum an der neuen Sache / den Materialien im Verhältnis des Wertes der Vorbehaltssache (Einkaufspreis zuzüglich Umsatzsteuer) zu den anderen vermischten Gegenständen zum Zeitpunkt der Vermischung. Erfolgt die Vermischung in der Weise, dass die Sache des AN als Hauptsache anzusehen ist, so gilt als vereinbart, dass der AN dem AG anteilmäßig Miteigentum überträgt; der AN verwahrt das Alleineigentum oder das Miteigentum für den AG.
3. Bei Weiterverarbeitung der gelieferten Ware durch AG gilt AG als Hersteller und erwirbt spätestens bei der Weiterverarbeitung nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften Eigentum am Produkt.
4. Soweit die dem AG gemäß Ziffer VI.1. und 2. zustehenden Sicherungsrechte den Einkaufspreis aller noch nicht bezahlten Vorbehaltswaren des AG um mehr als 10 % übersteigen, ist der AG auf Verlangen des AN zur Freigabe der Sicherungsrechte nach Wahl des AG verpflichtet.
5. Eine Übereignung der Ware auf den AG erfolgt unbedingt und ohne Rücksicht auf die Zahlung des Preises. Der für den Einzelfall vereinbarte Eigentumsvorbehalt des AN erlischt spätestens mit Kaufpreiszahlung für die gelieferte Ware. Der AG bleibt im ordnungsgemäßen Geschäftsgang auch vor Kaufpreiszahlung zur Weiterveräußerung der Ware unter Vorausabtretung der hieraus entstehenden Forderung ermächtigt. Ausgeschlossen sind damit jedenfalls alle sonstigen Formen des Eigentumsvorbehalts, insbesondere der erweiterte, der weitergeleitete und der auf die Weiterverarbeitung verlängerte Eigentumsvorbehalt.

Customer has recognized that there was no defect or was grossly negligent in not recognizing that there was no defect.

5. Without prejudice to any statutory rights and Section IV.4, in case Supplier does not properly fulfill its duty to rectify within a reasonable time frame set by Customer – and having not rightfully denied its duty to rectify – or in case Supplier earnestly and finally refuses rectification or in case rectification has failed or is unreasonable (e.g. if downtimes are to be expected, or if the elimination of the defect cannot be delayed for other reasons), Customer shall have the right, at Supplier's cost and risk, to eliminate the defect itself or to engage a third party with the elimination of the defect and to request reimbursement and an advance payment of the necessary expenses from Supplier.

6. Customer's rights resulting from the institution of supplier regress are applicable even if the defective product has been processed by Customer or a third party (e.g. incorporation into another product).
7. Apart from the foregoing, the statutory provisions apply. Customer's further rights for liability of defects or guarantees remain unaffected.

V. Statute of Limitation

1. The limitation period is 36 months, unless mandatory law provides for a longer period. The limitation period starts with the transfer of risk, unless the mandatory sections of 478, 479 BGB (*Bürgerliches Gesetzbuch* – German Civil Code) apply. In any case, claims for defects of title do not become time-barred as long as the third party may still assert such claims against Customer, in particular because the third party claims are not time-barred.
2. The statutory limitation period starts over with remedy of the defect. This also applies for parts that are in a functional interrelation with the defective part and for which a damaging impact of the defective part cannot be excluded.
3. If the notice of defects is made in time, the limitation period is suspended as long as Supplier has not definitively rejected Customer's claims in writing.

VI. Retention of Title

1. If Customer provides Supplier with parts or materials (illustrations, plans, drawings, calculations, instructions, specifications, etc.) (hereinafter together: Material), copyrights and title of ownership shall remain with Customer. Any processing and transformation by Supplier is deemed to be carried out on behalf of Customer. If Customer's reserved Materials are processed together with other objects which do not belong to Customer, Customer obtains a *pro rata* ownership in the new object in the proportion of the value of Customer's Material (purchase price plus value added tax) in relation to the value of the other processed objects at the time of processing.
2. If Materials made available by Customer are inseparably compounded with other objects which do not belong to Customer, Customer obtains a *pro rata* ownership in the new object, in the proportion of the value of Customer's Material (purchase price plus value added tax) in relation to the value of the other processed objects at the time of compounding. Should the Materials be compounded in a manner that Supplier's object is to be regarded as the main object, it is deemed that Supplier has agreed to transfer to Customer a *pro rata* share of ownership; Supplier shall keep the objects in sole ownership or co-ownership on behalf of Customer.
3. In case the delivered product is processed by Customer, Customer is deemed to be the manufacturer of such product and receives title of ownership at the latest with processing pursuant to the statutory provisions.
4. If the securities Customer is entitled to under Sections VI.1 and 2 exceed the purchase price of all unpaid reserved Materials of Customer by more than 10 %, Customer shall upon Supplier's request and at Customer's choice release securities.
5. Customer receives unconditional title to the goods regardless if the purchase price has been paid. In case a retention of title was agreed for individual cases, such retention expires at the latest with payment of the purchase price for the delivered goods. Customer is entitled to resell the goods during its ordinary course of business and agrees to an advance assignment of the claims resulting from such sales. In any case, all other forms of retention of title are excluded, in particular the extended and the forwarded retention of title as well as the extended retention of title referring to the processing of goods.

VII. Haftung - Versicherung

1. Es gelten die gesetzlichen Bestimmungen.
2. Soweit der AN für einen Produktschaden verantwortlich ist, ist er verpflichtet, den AG insoweit von Schadensersatzansprüchen Dritter freizustellen, als die Ursache in seinem Herrschafts- und Organisationsbereich gesetzt ist und er im Außenverhältnis selbst haftet.
3. Im Rahmen seiner Haftung für Schadensfälle ist der AN auch verpflichtet, etwaige Aufwendungen gemäß §§ 683, 670 BGB oder gemäß §§ 830, 840, 426 BGB zu erstatten, die sich aus oder im Zusammenhang mit einer vom AG durchgeführten Rückrufaktion ergeben. Über Inhalt und Umfang der durchzuführenden Rückrufmaßnahmen wird der AG den AN – soweit möglich und zumutbar – unterrichten und ihm Gelegenheit zur Stellungnahme geben. Unberührt bleiben sonstige gesetzliche Ansprüche des AG gegen den AN.
4. Durch Prüfung von Plänen, Unterlagen, Dokumenten oder sonstigen Leistungen des AN durch den AG wird keine Mitverantwortung des AG begründet; die Mängelansprüche des AG bleiben davon unbeeinträchtigt.
5. Der AN hat Lieferungen und Leistungen, die er durch Unterlieferanten erbringt, genauso zu verantworten wie eigene Lieferungen und Leistungen.
6. Der AN ist verpflichtet, sich im ausreichenden Umfang gegen Risiken aus diesem Auftrag auf seine Kosten zu versichern, insbesondere durch den Abschluss einer Betriebs- und Produkthaftpflichtversicherung (entsprechend Produkthaftpflichtmodell = ProdHM) und einer Umwelthaftpflichtversicherung.
7. Die Deckungssummen dieser Versicherungen müssen mindestens eine Höhe von 10 Mio. € pro Ereignis pauschal für Personen-, Sach- und Vermögensschäden im Sinne des ProdHM haben. Im Versicherungsumfang müssen Mangelfolgeschäden eingeschlossen sein. Die Versicherungsdeckungen sind auf Verlangen des AG nachzuweisen. Die vertragliche und gesetzliche Haftung des AN bleibt durch Umfang und Höhe seines Versicherungsschutzes unberührt.

VIII. Geheimhaltung und Datenschutz

1. Sofern AN und AG eine Gemeinhaltungsvereinbarung geschlossen haben, hat diese Vorrang vor den nachstehenden Vorschriften zur Geheimhaltung. Der AN verpflichtet sich, die vom AG mitgeteilten Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse (wie Abbildungen, Zeichnungen, Berechnungen, Spezifikationen und sonstige Unterlagen) sowie die sich daraus beim AN ergebenden Erkenntnisse und entstehenden Ergebnisse (im Folgenden: Informationen) auch nach der Beendigung des Vertragsverhältnisses aus dieser Bestellung geheim zu halten, keinem Dritten zugänglich zu machen, nur für die Ausführung dieser Bestellung zu verwenden und weder direkt noch indirekt, ganz oder teilweise, in irgendeiner Form schutzrechtlich auszuwerten. Der AN wird diese Verpflichtung auch seinen Arbeitnehmern, gesetzlichen Vertretern und Erfüllungsgehilfen auferlegen. Die Verpflichtungen gelten nicht für solche Informationen, die bereits vor dem Zeitpunkt der Mitteilung durch den AG oder danach ohne Beteiligung des AN öffentlich zugänglich waren oder wurden oder dem AN von einem unabhängigen Dritten ohne Geheimhaltungsverpflichtung rechtmäßig zugänglich gemacht wurden.
2. Die Geheimhaltungsverpflichtung gilt ebenfalls für den AG oder Dritte betreffende personenbezogene Daten, die dem AN im Zusammenhang mit der Bestellung des AG bekannt werden. Der AN hat alle diese Informationen und Ergebnisse insbesondere vor dem Zugriff Dritter zu schützen. Eine Weitergabe personenbezogener Daten an Dritte bedarf, soweit nicht eine entsprechende gesetzliche Verpflichtung des AN hierzu besteht, der vorherigen schriftlichen Zustimmung des AG. Der AG hat die gesetzlichen Bestimmungen zum Datengeheimnis und zum Datenschutz, insbesondere die Bestimmungen der EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) einzuhalten und umzusetzen und seine damit befassten Arbeitnehmer entsprechend zu schulen und zur Geheimhaltung zu verpflichten.
3. Sofern der AN als Teil der beauftragten Leistung personenbezogene Daten für den AG verarbeitet, wird der AN mit dem AG zusätzlich eine Vereinbarung zum Datenschutz und zur Datensicherheit in Auftragsverhältnissen gemäß Art. 28 Abs. 3 DSGVO abschließen.

IX. Compliance

1. Alle Lieferungen und Leistungen haben den einschlägigen gesetzlichen Vorschriften, Gesetzen und Verordnungen (im Folgenden: Vorschriften) zu entsprechen. Dies gilt insbesondere für Vorschriften über Sicherheit (inklusive Vorschriften zur Sicherheit in der Lieferkette wie AEO-F gem. Art. 14k VO-EWG 2454/93 und Bekannter Versender), Arbeits- und Anlagensicherheit, Gesundheits- und Umweltschutz, sowie Chemikalien (inklusive Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 (REACH) für Lieferungen in der und in die EU). Alle Lieferungen und Leistungen haben den

VII. Liability and Insurance

1. The statutory provisions apply.
2. If Supplier is responsible for a product damage, Supplier is obligated to indemnify Customer from third party damage claims upon first request to the extent the cause for the damage originates from Supplier's area of control and organization and to the extent Supplier itself is liable vis-à-vis third parties.
3. Within Supplier's liability obligation, Supplier is also obligated to refund any expenses pursuant to sections 683, 670 BGB (*Bürgerliches Gesetzbuch* – German Civil Code) or sections 830, 840, 426 BGB (*Bürgerliches Gesetzbuch* – German Civil Code) that result from or are made in connection with a product recall carried out by Customer. If possible and reasonable, Customer shall inform Supplier of the content and scope of the product recall to be carried out and shall give Supplier the opportunity to comment. Other statutory claims of Customer against Supplier remain unaffected.
4. No joint responsibility arises from the examination by Customer of plans, papers, documents or other services of Supplier; any claims for defects by Customer remain unaffected.
5. Supplier is responsible for any deliveries and performance provided through subcontractors as for Suppliers own behavior.
6. Supplier is obliged to carry sufficient insurance against risks resulting from this contract / order at Supplier's own cost, in particular by taking out business and product liability insurance (in accordance with the product liability model [ProdHM]) and environmental liability insurance.
7. The amount of coverage from these insurance policies must equal at least a lump sum of 10 million € per event for personal injury, property damage and financial loss as defined by the product liability model [ProdHM]. The insurance scope must include consequential damages. Insurance coverage must be proven upon Customer's request. Supplier's contractual and legal liability remains unaffected by the insurance coverage's scope and level.

VIII. Confidentiality and Data Protection

1. In case Supplier and Customer have entered into a non-disclosure agreement, such agreement shall prevail over the following provisions relating to confidentiality. Supplier is obliged to treat all business and operational secrets (such as illustrations, drawings, calculations, specifications and other documents) as well as the findings and results originating therefrom (hereinafter: Information) as confidential, to not make such Information accessible to third parties, to only use it for the performance of this order and to not exploit the Information directly or indirectly, in whole or in part in any manner with copyright relevance. This also applies after termination of the contractual relationship under this order. Supplier will impose these obligations also on its employees, legal representatives and vicarious agents. These obligations do not apply for any Information that was or becomes publicly available before or after Customer has provided such Information to Supplier or in case such Information has been rightfully disclosed to Supplier by an independent third party not being bound by confidentiality obligations.
2. The confidentiality obligation also applies for personal data related to Customer or third parties which became known to Supplier in relation to the order by Customer. In particular, Supplier must safeguard this Information and any results thereof against unauthorized access by third parties. A transfer of personal data to third parties requires the prior written approval by Customer, unless Supplier is obliged to disclose such data by mandatory statutory provision. Supplier must comply with and implement the statutory regulations regarding data secrecy and data protection, in particular the regulation of the EU General Data Protection Regulation (GDPR). Supplier must train its employees respectively and must impose the confidentiality obligations in this regard on those employees.
3. In case Supplier processes personal data for Customer due to the services provided by Supplier, Supplier will enter into a separate agreement regarding data protection and data security in contractual relationships.

IX. Compliance

1. All deliveries and services must comply with applicable statutory rules, laws and regulations (hereinafter: Regulations). This applies in particular to Regulations on safety (including Regulations on safety in the supply chain such as AEO-F pursuant to Art. 14k of Regulation EEC 2454/93 and Known Consignor), occupational and equipment safety, health and environmental protection, as well as chemicals (including regulation (EG) 1907/2006 (REACH) for deliveries within and into the EU). All deliveries and services must comply with Customer's specifications as well as with

Vorgaben des AG sowie den von ihm geltend gemachten Normen und Regelwerken zu entsprechen und müssen nach gegenwärtigem Stand der Technik erbracht werden.

2. Der AN ist verpflichtet, die Gesetze der jeweils anwendbaren Rechtsordnung(en) einzuhalten und sicherzustellen, dass alle Lieferungen und Leistungen den Anforderungen aller einschlägigen Bestimmungen und Gesetze entsprechen. Insbesondere wird er sich weder aktiv noch passiv, direkt oder indirekt an jeder Form der Bestechung, Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung sowie der Verletzung der Grundrechte seiner Mitarbeiter oder der Kinderarbeit beteiligen. AN hat ferner alle gültigen Gesetze und Normen bzgl. Inhaltsstoffen einzuhalten, Richtlinien bezüglich Konfliktmineralien, einschließlich Kobalt, zu schaffen und mit der gebotenen Sorgfalt den Ursprung der Mineralien zu ermitteln sowie eine Belieferung frei von Konfliktmineralien, einschließlich Kobalt, sicherzustellen. Sollten Konfliktmineralien im Rahmen der Herstellung oder für die Funktion der vom AN gelieferten Lieferungen und Leistungen erforderlich sein, ist deren Herkunft offenzulegen sowie AG auf Anforderung rechtzeitig den Nachweis der Einhaltung dieser Anforderungen zu liefern. Sollten die Lieferungen und Leistungen des AN Gefahrgut beinhalten, hat er dies dem AG mitzuteilen. Insbesondere ist der AN dazu verpflichtet, dem AG mitzuteilen wenn seine Lieferungen Lithiumzellen oder Lithiumbatterien enthalten und dem AG die Prüfzusammenfassung UN 38.3 rechtzeitig zur Verfügung zu stellen. Als Teilnehmer an der UN-Initiative „[The Global Compact](#)“ erwartet der AG auch vom AN die Einhaltung der darin formulierten Prinzipien. Zudem erwartet der AG vom AN, dass sich der AN an die Prinzipien des [Siltronic Code of Conduct](#) und an die im [Responsible Business Alliance Code of Conduct](#) niedergelegten Grundsätze hält. Der AN teilt dem AG unverzüglich mit, sofern dem AN bekannt wird, dass Nordkoreanische Mitarbeiter in der Lieferkette beschäftigt sind. AN wird seine Lieferanten und Subunternehmern dazu anhalten, dem AN solche Fälle zu melden.
3. Der AN sichert zu, dass er sämtliche von ihm beschäftigten Mitarbeiter zumindest den gesetzlichen Mindestlohn auszahlt. Hinsichtlich seiner Subunternehmer stellt er dies ebenfalls durch entsprechende Maßnahmen sicher.

X. Sicherheit in der Lieferkette

AN hat sich zu sicheren und geschützten Lieferketten verpflichtet, indem er an staatlichen Programmen zur Sicherheit der Lieferkette wie dem US-Zoll- und Grenzschutzprogramm C-TPAT, entsprechenden Programmen für Zugelassene Wirtschaftsbeteiligung (Authorized Economic Operator - AEO) und anderen Programmen für die Sicherheit in der Lieferkette teilnimmt. Um die in diesen Programmen festgelegten Bedingungen zu erfüllen, verfügt der AN über einen internen Rahmen für die Gewährleistung der Sicherheit in der Lieferkette.

XI. Exportkontrolle

1. AN ist verpflichtet, AG über etwaige Genehmigungspflichten oder Beschränkungen bei (Re-)Exporten seiner Ware gemäß Englischen, deutschen, europäischen, US Ausfuhr- und Zollbestimmungen sowie den Ausfuhr- und Zollbestimmungen des Ursprungslandes seiner Güter in seinen Geschäftsdokumenten zu unterrichten und für genehmigungspflichtige Ware folgende Informationen rechtzeitig vor der ersten Lieferung und unverzüglich bei Änderungen (technische, gesetzliche Änderungen oder behördliche Feststellungen) zu senden:
 - Siltronic Materialnummer,
 - Warenbeschreibung,
 - Alle anwendbaren Ausfuhrlistennummern einschließlich der Export Control Classification Number gemäß U.S. Commerce Control List (ECCN),
 - Handelspolitischer Warenursprung,
 - Statistische Warennummer (HS-Code),
 - einen Ansprechpartner in seinem Unternehmen zur Klärung etwaiger Rückfragen.
2. Der AN ist verpflichtet, bei Warenlieferungen über Zollgrenzen hinweg alle erforderlichen Dokumente wie Handelsrechnung, Lieferschein und Informationen für eine vollständige und korrekte Importzollanmeldung, der Lieferung beizufügen.
3. Der AN hat AG mit allen rechtlich möglichen Mitteln zu unterstützen, die zur Reduzierung oder Minimierung der Zahlungsverpflichtungen des AG hinsichtlich Zöllen bzw. Kosten für Zollabfertigung erforderlich sind.

standards and regulatory policies required by Customer and must be provided in accordance with the current state-of-the-art technology.

2. Supplier is obliged to comply with the laws of the respective applicable jurisdiction and to ensure that all deliveries and services meet the requirements of all relevant regulations and laws. In particular Supplier will not actively or passively, directly or indirectly participate and engage in any form of corruption, money laundering, terror financing as well in the infringement of fundamental rights of its employees or child labor. Furthermore, Supplier must comply with all applicable laws and standards regarding ingredients, create guidelines regarding conflict minerals, including cobalt, as well as determine the origin of the minerals with due diligence and ensure a supply free of conflict minerals, including cobalt. Should conflict minerals be required within the production or for the function of the deliveries and services provided by Supplier, their origin shall be disclosed and proof of compliance with these requirements shall be provided to Customer on request in a timely manner. In case Supplier's deliveries and services contain hazardous goods, Supplier must notify Customer accordingly. In particular, Supplier is obliged to inform Customer if the deliveries contain lithium cells or lithium batteries and to provide Customer with the test summary UN 38.3 in a timely manner. As participant in the UN-initiative „[The Global Compact](#)“, Customer expects from Supplier to adhere to the principles laid out therein. In addition, Customer expects Supplier to comply with the principles of the [Siltronic Code of Conduct](#) and the [Responsible Business Alliance Code of Conduct](#). Supplier immediately notifies Customer in case Supplier becomes aware that North Korean workers are engaged in the supply chain. Supplier will also procure that its suppliers and subcontractor notify Supplier in such cases.

3. Supplier guarantees that all staff employed are at least paid the statutory minimum wage. Supplier shall implement measures to ensure that his subcontractors also fulfill that obligation.

X. Supply Chain Security

Supplier is committed to safe and secure supply chains by participating in governmental programs on supply chain security like the US Customs and Border Protection program C-TPAT, the respective Authorized Economic Operator programs (AEO) and other supply chain security programs. In order to meet the conditions as laid down in these programs, Supplier does have an internal supply chain security framework in place.

XI. Export Control

1. Supplier must inform Customer in Suppliers business documents of any applicable (re-)export license requirements or restrictions for products under English, German, European or US export control law and customs regulations as well as the export control law and customs regulations of the country of origin of its products. For products subject to approval, Supplier must provide the following information in a timely manner and must notify Customer before the first delivery and promptly after any changes (technical or legal changes or official statements):
 - Siltronic product number,
 - product description,
 - all applicable export list numbers including export classification numbers pursuant to the U.S. Commerce Control List (ECCN),
 - trade-policy place of origin,
 - statistical goods number,
 - details of a contact person in its company in order to clarify any questions.
2. For any supplies crossing customs boundaries, Supplier is obliged to provide all necessary documents such as commercial invoice, delivery note and information for a complete and correct import duty registration with the delivery of such supplies.
3. Supplier supports Customer by all legal means that are required to reduce or minimize the payment obligations of Customer with respect to customs duties and costs for customs clearance.

XII. Gerichtsstand – Rechtswahl

1. Sofern der AN Kaufmann ist, ist München Gerichtsstand; der AG ist jedoch berechtigt, den AN auch an seinem Wohnsitz bzw. Sitz zu verklagen. Diese Regelungen gelten nicht, soweit für den Rechtsstreit gesetzlich ein ausschließlicher Gerichtsstand begründet ist.
2. Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss des UN-Kaufrechts. Soweit vereinbart, gelten die von der ICC herausgegebenen Incoterms 2020.

München, Januar 2020

XII. Place of Jurisdiction – Choice of Law

1. If Supplier is a merchant, Munich shall be the place of jurisdiction; however, Customer may also file a claim against Supplier with the courts at Supplier's place of residence or seat. This shall not apply to the extent an exclusive place of jurisdiction is provided for by statutory law.
2. The laws of the Federal Republic of Germany, under exclusion of UN sales law, shall apply. To the extent agreed, the ICC Incoterms 2020 apply.

Munich, January 2020